



Brüderle (vorn)

GUIDO OHLENBOSTEL / ACTION PRESS

FACHKRÄFTE

Brüderle will Punktesystem für Zuwanderung

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) macht sich für eine Reform des deutschen Zuwanderungsrechts mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild stark. „Die Steuerung kann über transparente Zugangskriterien wie beispielsweise Bedarf, Qualifikation und Integrationsfähigkeit gewährleistet werden. Dazu könnte die Einführung eines flexiblen Punktesystems, wie es andere Industriestaaten bereits seit vielen Jahren haben, nach Einschätzung des Wirtschaftsministeriums beitragen“, heißt es in einem Arbeitspapier, das Brüderles Beamte erstellt haben. Damit untermauert der Minister seinen Vorstoß zur Bekämpfung

des Facharbeitsmangels. Brüderle hatte unter anderem gefordert, Unternehmen sollten Hochqualifizierte mit einer Art Begrüßungsgeld nach Deutschland locken. Laut Brüderle besteht akuter Handlungsbedarf: „Die durch fehlende Fachkräfte verursachten Wertschöpfungsverluste sind enorm“, argumentieren seine Beamten. Brüderle will dem Fachkräftemangel nicht nur mit dem verstärkten Zuzug Hochqualifizierter begegnen. Er setzt zudem darauf, dass ältere Menschen länger arbeiten. Und auch „die Erwerbsbeteiligung von Frauen muss erhöht werden, um dem bestehenden Facharbeitsmangel effektiv zu begegnen“.

GESUNDHEIT

Kanzleramt war involviert in Sawicki-Entmachtung

Bei der Abberufung des obersten deutschen Medizinprüfers, Peter Sawicki, spielte das Kanzleramt eine bisher unbekannte Rolle. Bereits im Sommer 2009 hat sich demnach die damalige Leiterin des Referats 312 Gesundheitspolitik im Kanzleramt, Susanne Wald, im Gesundheitsministerium erkundigt, wann Sawickis Vertrag auslaufe. Wald ließ dabei durchblicken, dass das Kanzleramt es nicht dulden werde, dass der Vertrag von Sawicki als Leiter des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) vorzeitig verlängert werde. Das geht aus dem am 4. September erscheinenden Buch der ARD-Journalistin Ursel Sieber „Gesunder Zweifel“ hervor, die Sawickis Kampf gegen Lobbyeinfluss beschreibt. Das Kanzleramt dementierte auf Nachfrage den

Anruf Susanne Walds im Sommer 2009 nicht. Rüdiger Petz vom Bundespresseamt teilte mit, „dass Mitarbeiter des Bundeskanzleramts sich regelmäßig telefonisch in den Ressorts über den



Sawicki

MATTHIAS JUNG

EINLAGENSICHERUNG

Entschädigungsfall für Noa Bank

Die Finanzaufsicht BaFin rechnet bei der Noa Bank bereits im Laufe dieser Woche mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens und der Feststellung des Entschädigungsfalls. Dann wäre das Institut des Bankgründers François Jozic, das mit Zinsversprechen von bis zu 2,2 Prozent viele Kunden gewonnen hatte, nach nur neun Monaten endgültig gescheitert. Sobald der Entschädigungsfall von der BaFin ausgerufen wird, können die Kunden ihren Schaden bei der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken geltend machen. Guthaben bis zu 50 000 Euro sind durch die gesetzliche Einlagensicherung geschützt. Wer mehr Geld angelegt hat, kann sich allerdings nicht auf die Staatsgarantie von Bundeskanzlerin Angela Merkel berufen. Die hatte 2008 kurz nach Ausbruch der Finanzkrise eine uneingeschränkte Staatsgarantie für Kundeneinlagen versprochen. „Diese Garantie hat weiterhin Bestand“, heißt es zwar im Bundesfinanzministerium. Aber sie gelte nur für Institute, die tatsächlich wegen der Finanzkrise litten.



Jozic

BORIS BREUER

Sachstand aktueller Themen informieren“. Offiziell wurde Sawicki im Januar 2010 geschasst, nachdem man ihm Fehler bei der Abrechnung von Dienstwagenkosten vorgeworfen hatte. Sieber enthüllt in ihrem Buch auch, wie der heutige Gesundheitsminister Philipp Rösler im Juni 2009 zusammen mit anderen Landeswirtschaftsministern eine Stellungnahme gegen das IQWiG beschlossen hat. Der dabei gefasste Beschluss wurde demnach zuvor mit dem Verband forschender Arzneimittelhersteller (VfA), der Interessengruppe der Pharmakultus, abgestimmt. Dass die Wirtschaftsminister am Ende fast genau das beschlossen, was die Pharmedien ihnen vorgelegt hatte, zeigt sich an dem Vergleich der Vorlage mit dem Politikerentwurf. Bis in einzelne Formulierungen hinein sind die Papiere identisch. Am 19. Juni 2009 beschloss die Ministerrunde mit Rösler, dass das IQWiG dem Standort Deutschland schade – für den VfA ein Erfolg.